

„Streik ist so unsozial wie Aussperrung“

SPIEGEL-Interview mit Hanns Martin Schleyer, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG

SPIEGEL: Herr Schleyer, die Arbeitgeber in Baden-Württemberg haben beschlossen, auf Streik mit Aussperrung zu antworten. Das heißt, sie verwehren auch Arbeitswilligen den Zutritt zu den Betrieben. Was erwarten Sie von einer solchen Maßnahme?

SCHLEYER: Wir versuchen mit dieser legitimen Abwehrmaßnahme der gewerkschaftlichen Taktik zu begegnen, durch Streik die Unternehmer in Bestreikte und in nicht Bestreikte aufzuspalten. Gleichzeitig wollen wir damit erreichen, daß der Arbeitskampf verkürzt wird. Der von der Gewerkschaft geplante Punktstreik nämlich würde organisatorisch und finanziell die IG Metall in die Lage versetzen, den Streik sehr lange auszudehnen.

SPIEGEL: Halten Sie die Aussperrung nicht für unsozial? Sie hält Arbeitswillige von der Arbeit fern, und nichtorganisierte Arbeitnehmer bekommen dann keinerlei Unterstützung. Sie haben nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, lediglich auf Fürsorgegeld.

SCHLEYER: Auch der Streik trifft Arbeitswillige. So gesehen ist ein Streik ebenso unsozial wie die Aussperrung. Die Auswahl der bestreikten Werke liegt bei der Gewerkschaft. Wir folgen nur mit jenen Betrieben nach, die die IG Metall aus taktischen Gründen ausgenommen hat.

SPIEGEL: Herr Schleyer, die Arbeitgeber sträuben sich vor allem gegen die geforderten kurzen Laufzeiten der neuen Verträge. In der Rezession 1966/67 trugen aber gerade die langen Laufzeiten mit die Schuld, daß auf der Höhe des Booms den Arbeitnehmern ein großer Lohn-Nachholbedarf entstand. Wollen Sie mit Ihrer Ablehnung kurzer Laufzeiten die Grundlage für die nächste Gewinn-Explosion legen?

SCHLEYER: Nein, sicher nicht. Die kurzen Laufzeiten sind vor allem deshalb sehr problematisch, weil wir zum Beispiel im Maschinenbau mit langen Vorbereitungsarbeiten sowie Produktions- und Lieferzeiten zu rechnen haben. Wir können deshalb bei einer so kurzen Laufzeit der Tarifverträge nicht richtig kalkulieren. Noch wichtiger aber ist, daß wir bereits im April 1972 mit neuen Lohnforderungen rechnen müßten. Im Zwölfmonatsvergleich würde sich dann eine Lohnerhöhung ergeben,

die in der Nähe von elf Prozent liegen würde. Dies wäre sicher kein Vertrag zur Stabilität. Eine kurze Laufzeit wäre überhaupt nur annehmbar, wenn sie durch einen sehr niedrigen Prozentsatz dem Übergangscharakter einer solchen Regelung Rechnung tragen würde.

SPIEGEL: Bisher konnten die Unternehmer einen beträchtlichen Teil der steigenden Lohnkosten auf die Preise abwälzen. Glauben Sie, daß eine Lohnerhöhung über die von Ihnen angebotenen 4,5 Prozent hinaus im Preis weitergegeben werden



Arbeitgeber Schleyer
„Wider die Natur des Unternehmers“

kann oder ganz zu Lasten der Unternehmer ginge?

SCHLEYER: Wir haben noch nicht einmal die Lohnerhöhungen der letzten beiden Jahre im Preis voll weitergeben können. Sie gingen zu Lasten der Rendite und damit der Selbstfinanzierungsmöglichkeit, was sich auch in einer verringerten Investitionstätigkeit auswirkt. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen 4,5 Prozent dagegen tragen der Produktivitätsrate von etwa 3,5 Prozent in den nächsten zwölf Monaten Rechnung und gehen sogar etwas darüber hinaus, um eine Stagnation der Löhne und Gehälter zu verhindern. Ein solcher Prozentsatz entspricht auch der erwarteten Teuerungsrate des Jahres 1972.

SPIEGEL: Die Gewerkschaft behauptet, die Unternehmer hätten jüngst manchmal vorschnell Kurzarbeit verfügt, um die Tarifgespräche entsprechend vorzubelasten.

SCHLEYER: Es gibt kein Unternehmen, das seine Existenz auf Spiel setzen würde, nur um mit solchen Manipulationen einen kurzfristigen Erfolg etwa bei Lohnverhandlungen zu erzielen. Das ist wider die Natur des Unternehmers. Die Produktions- und Arbeitseinschränkungen der letzten Wochen sind die zwangsläufige Folge starker Auftragsrückgänge in weiten Bereichen der Industrie.

SPIEGEL: Würde demnach Firmen mit einem so geringen Auftragspolster eine Zwangspause in der Produktion durch den Streik nicht sogar gelegen kommen?

SCHLEYER: Das normale Mittel, um Aufträge zu strecken, ist Kurzarbeit oder Freisetzung von Arbeitskräften. Ich glaube nicht, daß jemand den Streik als adäquates Mittel der Produktionsdrosselung ansieht.

SPIEGEL: Herr Schleyer, manche Kritiker sehen in der kompromißlosen Haltung der Unternehmer in diesem Tarifkonflikt auch eine Demonstration gegenüber Bonn und einer von vielen Industriellen ungeliebten SPD/FDP-Regierung.

SCHLEYER: Da wir uns bislang absolut konform mit den Vorstellungen der Bundesregierung, der Bundesbank und des Sachverständigenrates verhalten haben, kann man hier schlecht einen Gegensatz konstruieren. Es waren jedoch gerade die Gewerkschaften, die in der konzertierten Aktion immer wieder die Bonner Politik kritisierten und Konjunkturspritzen verlangt haben.

SPIEGEL: Und was erwarten Sie denn gegenwärtig von der Bonner Regierung?

SCHLEYER: Wir hätten allerdings erwartet, daß die Regierung der veränderten wirtschaftlichen Lage durch neue Orientierungsdaten Rechnung trägt. Deshalb haben wir uns auch bemüht, bei der Schlichtung einen Vertreter Bonns und der Bundesbank als Sachverständige zu hören, was die IG Metall und der Vorsitzende der Schlichtungsstelle, der frühere Wirtschaftsminister Veit, jedoch strikt abgelehnt haben. Was wir denken, kann ich Ihnen sagen: Als 1966 die Preise um 4,3 Prozent stiegen, wurde sogar ein Regierungswechsel durchgesetzt. Heute hingegen wird versucht, die Preisentwicklung den Unternehmern in die Schuhe zu schieben und ihr stabilitätskonformes Verhalten in diesem Lohnkonflikt zu verteuern.